

Erneuerung der SPD – Unser Ziel:

Von einer armutsfesten und lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente leben können.

Das jetzige Rentenkonzept der SPD schützt ältere Menschen weder vor Armut noch sichert es den verdienten Lebensabend. Es geht davon aus, dass Arbeitgeber den Beschäftigten Betriebsrenten anbieten und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einkommen übrig haben, um privat vorzusorgen. Wer das nicht hat, der muss Grundsicherung beantragen oder bestenfalls die von der SPD vorgeschlagene Solidarrente in Anspruch zu nehmen, die 10 % oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen soll. Wirklich befriedigend ist das für niemanden. Probleme werden nicht gelöst. Es wird nur an Stellschrauben gedreht, um es weniger schlecht zu machen. Weniger schlecht ist aber noch nicht gut.

Deshalb braucht die SPD wieder ein überzeugendes Konzept für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente mit der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Eckpunkte hierfür sind:

Die gesetzliche Rente sichert den Lebensstandard im Alter. Die SPD tritt für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente ein. Das ist ein Richtungswechsel in der Rentenpolitik und eine Abkehr vom Drei-Säulen-Modell der letzten Jahrzehnte. Im Koalitionsvertrag hat die SPD durchgesetzt, das Rentenniveau bis 2025 auf 48 Prozent zu halten. Das geht in die richtige Richtung, reicht aber für eine Sicherung des Lebensstandards im Alter nicht aus.

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt: Die solidarische Umlageversicherung ist viel stärker und stabiler als ihr Ruf. Millionen von Menschen sind aber im Ungewissen, ob ihre private Altersvorsorge in einigen Jahrzehnten das hält, was versprochen war. Deshalb muss die gesetzliche Rentenversicherung wieder so stark gemacht werden, dass sie jedem und jeder auch ohne Betriebsrente und private Altersvorsorge einen lebensstandardsichernden Lebensabend garantiert.

Eine armutsfeste Rente bedeutet die Einführung einer Mindestrente deutlich oberhalb der Grundsicherung. Das bisherige Konzept der SPD, für langjährige Versicherte eine Solidarrente einzuführen, die nur 10% oberhalb der Grundsicherung liegt, löst das Problem der Altersarmut nicht. Die Solidarrente wäre viel zu niedrig. Wer keine Grundsicherung mehr bezieht, müsste beispielsweise Gebühren für die GEZ oder Zuzahlungen bei Medikamenten wieder zahlen. Am Ende hätten Rentner mit Solidarrente möglicherweise weniger zum Leben als mit einer Grundsicherung. Deshalb ist eine armutsfeste Mindestrente in auskömmlicher Höhe notwendig.

Das Rentensystem in Österreich nehmen wir uns zum Vorbild. In unserem Nachbarland gibt es eine starke gesetzliche Rentenversorgung. Nach 45 Jahren Arbeit können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit 78% ihres Lebensdurchschnittsverdienstes (Lohnersatzrate) in den Ruhestand gehen. In Deutschland beträgt die Lohnersatzrate der gesetzlichen Rente hingegen nur magere 37,5%. Auch wird dort eine Mindestrente ausbezahlt, die zur Armutsvermeidung geeignet ist.

Finanzierung der Mehrleistungen über eine Erhöhung des Steuerzuschusses. Wir sollten nicht den konservativen Kräften auf den Leim gehen, die bei der Rente versuchen, die ältere Generation gegen die junge Generation auszuspielen. Das ist nicht der Konflikt. Es geht um Umverteilung zwischen Arm und Reich. Die Einführung einer armutsfesten und lebensstandardsichernden Rente sollte nicht über höhere Versicherungsbeiträge finanziert werden, sondern über einen höheren Steuerzuschuss. Und um entsprechende Steuereinnahmen zu haben, müssen die Menschen, die das Glück haben, reich zu sein, höhere Steuern zahlen, zum Beispiel über eine Vermögenssteuer, die wir fordern.